

EU-Klima- und Energiepaket Revision der Emissionshandelsrichtlinie (ETS)

WKÖ-Position

Die WKÖ begrüßt die Trennung von ETS und Non-ETS, sieht aber die Industrie schwer belastet. Die Abwanderungsgefahr ist hoch, und es sollte ihr mit allerhöchster Priorität begegnet werden. Die WKÖ kann weder die hohen Kosten akzeptieren, die sich durch die lineare Reduktion der jährlichen Emissionsrechte ergeben, noch das Auktionierungsprinzip. Hinzu kommt ein hohes Maß an Unsicherheit durch Verlagerung wichtiger Entscheidungen in das Komitologieverfahren. Investitionsprojekte werden deshalb bereits jetzt gestoppt!

Hauptkritikpunkte

- 1. Herausforderung für die Wirtschaft:** Der österreichische Emissionshandelsektor repräsentiert 76.000 Industrie-Arbeitsplätze, die durch den vorgeschlagenen ETS-Inhalt gefährdet sind. Die ETS-Industrie (abzüglich E-Wirtschaft) ist 33 Milliarden Euro umsatzstark, was mehr als einem Zehntel des österreichischen BIP entspricht. Emissionshandelsanlagen in Österreich werden ab 2013 mit mindestens 1 Milliarde Euro an jährlichen Kosten zusätzlich belastet.
- 2. Schiefe Ebene zwischen ETS und Non-ETS:** Trotz der begrüßenswerten Trennung von ETS und Non-ETS kritisiert die WKÖ die ungleiche Verteilung der Reduktionsbeiträge zwischen den beiden Sektoren ETS (60%) und Non-ETS (40%). Wir sprechen uns zumindest für eine Angleichung dieser Anteile aus, was in etwa 13% Reduktion für jeden Sektor und einen linearen Reduktionsfaktor für den ETS von 0,92% pro Jahr ergeben würde.
- 3. Verfahren und Timing:** Äußerst wichtige Bestimmungen (zB Carbon Leakage, neue Ziele, Auktionierungsverfahren, freie Zertifikate) werden der Komitologie überlassen. Dies widerspricht den EU-Demokratie- und Transparenzregeln und führt zu massiver Planungsunsicherheit für die ETS-Industrie. Der bereits jetzt sichtbare Trend gestoppter Investitionen würde weitergehen. Diese Bestimmungen sollten daher im Richtlinienentwurf enthalten sein anstatt der Komitologie überlassen bleiben.
- 4. Neue Ziele im Fall eines internationalen Abkommens:** Im ETS-Richtlinienvorschlag ist ein Automatismus eingebaut, wonach die Kommission ein strengeres Ziel als minus 20% lediglich proportional auf den ETS umlegen soll. Dies könnte für den ETS ein Ziel von bis zu minus 34% ergeben. Eine derartig weitreichende Entscheidung muss unserer Ansicht nach von allen EU-Institutionen getroffen werden. Die vorgeschlagene Aufteilung zwischen ETS und Non-ETS müsste neu verhandelt werden.
- 5. Energieintensive Industrien:** Wir begrüßen freie Zertifikate für Sektoren bzw. Anlagen, die dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt und von Carbon Leakage gefährdet sind, aber die Entscheidung müsste viel rascher als 2010/2011 fallen und von allen EU-Institutionen anstatt von der EU-Kommission alleine getroffen werden.
- 6. Auktionierungsgebot muss gelockert werden:** Die ansteigende Auktionierungsverpflichtung ab 2013 bzw. volles Auctioning ab 2020 in Kombination mit der linearen Reduktion der Zertifikatmenge ist die schwerste Bürde für den ETS-

Sektor. Ein fixer Sockel von freien Zertifikaten über die ganze Periode 2013 bis 2020 sollte unbedingt in Betracht gezogen werden.

7. **Benchmarking:** Der Beste seiner „Klasse“ sollte die niedrigsten Reduktionsanstrengungen haben, das heißt er sollte möglichst viele Zertifikate mit hohem Gratisanteil bekommen. Dort, wo Benchmarking nicht möglich ist, sollten andere Kriterien Platz greifen.
8. **Basisjahr für Gratiszertifikate:** Das Jahr 2005 als Basisjahr für das ETS-Ziel findet Akzeptanz. Hingegen sollte das Referenzjahr für die Allokation von freien Zertifikaten so nah wie möglich am Beginn der Periode, idealer Weise 2010, liegen.
9. **Sicherheitsventil für hohe Preise:** Es sollte ein Sicherheitsventil installiert werden, für den Fall, dass der CO₂-Preis zu hoch wird. Übersteigt der Preis eine bestimmte Schwelle, etwa 50 Euro pro Tonne CO₂, sollten Instrumentarien geschaffen werden, die einerseits die Belastung für die ETS-Anlagen reduzieren und andererseits die Liquidität am Markt erhöhen.

Weitere Anliegen

10. **Solidaritätsumverteilung:** Dies ist die richtige Idee am falschen Platz. Umverteilung sollte dort geschehen, wo sie hingehört, nämlich über die Instrumente der Struktur- und Kohäsionspolitik der EU.
11. **Eigenstromerzeugung:** Abgesehen von Ungereimtheiten im Text sollte klargestellt werden, dass industrielle Eigenstromerzeugung ebenfalls freie Zertifikate erhalten sollte. Ohne Gratiszertifikate für den Eigenstrom werden industrielle KWks in der Regel unwirtschaftlich.
12. **KMU-Erleichterung:** Die derzeitige Schwelle für eine Ausnahme aus dem ETS für KMUs von 10.000 Tonnen sollte auf 50.000 angehoben werden. Verwaltungskosteneinsparungen für 75% der Anzahl an Anlagen, die lediglich 6% der Emissionen repräsentieren, wären möglich. Die 25-Megawatt-Schwelle ist entbehrlich und sollte daher gestrichen werden, ebenso wie die Forderung nach äquivalenten Emissionsreduktionsbeiträgen.
13. **CCS-Anlagen** sollten unterstützt und gefördert werden, indem sie freie Zertifikate erhalten anstatt dem vollen Auctioning zu unterliegen.
14. **CDM:** Ein moderater CO₂-Preis liegt im Interesse einer nachhaltigen EU-Wirtschaft. Reduktionen sollten dort stattfinden, wo sie am wenigsten kosten. Daher sollten die flexiblen Instrumente JI/CDM im ETS so breit wie möglich eingesetzt werden.
15. **Auch bestehende Anlagen**, die ihre Kapazitäten erweitern, sollten von der Reserve für neue Marktteilnehmer bedient werden. Ansonsten wäre eine Ungleichbehandlung mit sogenannten „Greenfield“-Anlagen gegeben.